

■ Neue Ölsanktionen gegen Russland

Eigentorpotential

Von Reinhard Lauterbach

Mit großen Worten geizt Ursula von der Leyen nicht. Der seit Sonntag geltende Importstopp für russische Treibstoffe auf dem Seeweg und die neun bisherigen Sanktionspakete würden Russland »um eine Generation zurückwerfen«, so die EU-Kommissionspräsidentin am Freitag in Kiew. Also zurück in die 1990er Jahre, als ein taumelnder Boris Jelzin ein taumelndes Russland verkörperte. Immerhin, könnte man ironisch anmerken, soll es mit Russland nicht zurück in die Steinzeit gehen, wie es die NATO anderen ihrer Gegner angedroht hatte.

Das wäre auch nicht so einfach. Russland hat sich auf die Sanktionen seit Anfang der 2010er Jahre vorbereitet. Zum Beispiel, indem es seine Währungsreserven in US-Dollar und Euro abstößt und Renminbi und Gold kauft. Zum Beispiel, indem es gegen den Rohstoffboycott der EU und der USA eine »Schattenflotte« gechartert hat, die in Russland versichert, russisches Öl an den Sanktionen vorbei auf die Weltmärkte schafft. Diese Flotte hat sich nach Berichten aus der Treibstofflogistikbranche inzwischen auf 600 Schiffe mit 20 Prozent der weltweiten Transportkapazität vergrößert. Das entspricht ungefähr dem russischen Weltmarktanteil vor den Sanktionen.

Das Bundeswirtschaftsministerium erklärt unterdessen, man habe Ersatzlieferungen für den bisher zu etwa 20 Prozent des deutschen Bedarfs einstehenden Diesel aus Russland gefunden – unter anderem aus dem arabischen Raum. Nur, ob

der vermeintlich saudische Rohstoff nicht in Wahrheit aus Russland stammt und in Arabien nur raffiniert wurde, erkennt man am Produkt nicht mehr. Zwar verkauft Russland dieses »schwarz« exportierte Öl unter dem Weltmarktpreis, aber da die Produktionskosten in Rubel anfallen, kann dieses Spiel eine ganze Weile weitergehen, während die westlichen Propagandisten Anleihen bei Radio Jerewan machen müssen. Die »allgemeine Versorgungssicherheit« sei »nicht gefährdet«, so ein Sprecher aus dem Habeck-Ministerium zum Dieselboycott. Von der besonderen Versorgungssicherheit in dieser oder jener Region war keine Rede. Vom Preis sowieso nicht.

Politisch ist dafür die Chance groß, dass Sprüche wie die von der Leyens die Popularität Wladimir Putins im eigenen Land sogar noch stabilisieren. Denn die stützt sich seit seinem Amtsantritt darauf, dass er für alle spürbar mit dem Erbe der »verrückten Neunziger« aufgeräumt hat. Man wundert sich nur, warum der sonst so coole Sergej Lawrow jetzt auf die Gefühlstube drückt und glaubt, Parallelen zwischen den EU-Sanktionen und dem deutschen Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion ziehen zu müssen, und der EU gar eine »Endlösung der russischen Frage« als Ziel unterstellt. Das sind, mit Verlaub, nun wirklich zweierlei Paar Stiefel. Wer so dick aufträgt, der gibt zu, dass er gern beim Business als usual geblieben wäre und also den Charakter der Herausforderung unterschätzt.

■ Kirchenmäuse des Tages

Staatsleistungen



Der Spruch »am wie eine Kirchenmaus« gilt nur für kleine Nager, die am Altar ein paar Oblaten und etwas Messwein finden.

Am Wochenende berichteten mehrere Medien, dass die Bundesregierung die Dauerzahlungen beenden will. Das hatte zwar schon die Weimarer Verfassung 1919 verlangt, aber keiner rührte dran – Hitler bekam dafür von der Zentrumspartei Stimmen fürs Ermächtigungsgesetz. Das Zahlen fand Adenauer nach 1945 weiterhin gut, und auch die DDR gab in 40 Jahren rund 630 Millionen Mark. 2023 soll es nur noch um das Wie der Ablösung gehen. Geeignet hat man sich wohl mit der evangelischen Kirche: Per Bundesgesetz wird der Geldbatzen aus der Staatskasse so groß, dass die Kirche Zinsen in Höhe der Staatsleistungen erhält. Das bedeutet, heißt es, rund elf Milliarden Euro. Einzelheiten müssen die Länder aushandeln: Im gottlosen Sachsen-Anhalt (etwa 15 Prozent Christen) berappt jeder Steuerzahler gegenwärtig laut WDR rund 18 Euro jährlich für die Kirche, in Nordrhein-Westfalen (mehr als 50 Prozent Christen) 1,30 Euro. Die Rekleralisierung sollen die Ostbeiden mal selbst bezahlen.

Arnold Schölzel

Ein jegliches hat seine Zeit, meint der weise Prediger Salomo in der Bibel. Für die deutschen Großkirchen gilt: Das kann dauern – zum Beispiel schlappe 220 Jahre. 1803 enteignete Napoleon I. deutsche Bistümer. Die erhalten seitdem Entschädigungen vom Staat, genannt Staatsleistungen. Im vergangenen Jahr waren das 602 Millionen Euro. Eine geringfügige Summe im Vergleich zu 13 Milliarden Euro Kirchensteuern für katholische und evangelische Kirche 2022 und zu den 100 Milliarden, auf die der Besitz beider zusammen geschätzt wird. Da kann schon einmal eine bescheidene Residenz für einen Limburger Bischof entstehen, deren Bau statt 5,5 Millionen Euro am Ende 31 Millionen kostet, ein Seilzug für einen Adventskranz im Wert von 18.000 Euro inbegriffen.

»Die Wehrpflicht würde die Aufrüstungsspirale anheizen«

Bei Rückkehr des Zwangsdienstes in der BRD wird Beratung zur Verweigerung ausgebaut. Ein Gespräch mit Michael Schulze von GlaBer

Der neue Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, SPD, hat die Aussetzung der Wehrpflicht als Fehler bezeichnet und dafür Unterstützung von der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im Bundestag, der FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, bekommen. Rechnen Sie damit, dass diesen Worten bald Taten folgen könnten?

Diese Frage hängt mit dem Personalbedarf der Bundeswehr zusammen. Durch die aktuelle Aufrüstung – etwa der Indienststellung neuer Panzerbataillone – braucht sie immer mehr: Konkret soll es 2025 mehr als 203.000 Soldatinnen und Soldaten geben. Seit Jahren sind es aber kaum mehr als 184.000. Es könnte also aus rein praktischen Gründen – die Bundeswehr ist als Arbeitgeber zu unattraktiv, um genügend Freiwillige zu finden – zur Reaktivierung des Zwangsdienstes kommen. Ich möchte aber keine Panik verbreiten: Noch halte ich die Reaktivierung für unwahrscheinlich – aber eben nicht ausgeschlossen. Schnell würde das ohnehin nicht gehen. Es gibt einige rechtliche und praktische Hürden.

Und wie bewerten Sie den Vorschlag?

Er ist juristisch heikel, moralisch falsch und politisch ein Fehler: Welches Zeichen an andere Länder wäre es, wenn Deutschland seine Jugend wieder für Kriege trainieren lässt? Andere Nationen könnten nachziehen oder – falls sie wie etwa im Falle Russlands schon eine Wehrpflicht haben – ihren Zwangsdienst verschärfen. Am Ende würde die Reaktivierung der Wehrpflicht die bereits im Gang befindliche Aufrüstungsspirale weiter anheizen. Zum Wohle aller Menschen



Michael Schulze von GlaBer ist politischer Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

sollte sie aber gestoppt werden! Fügt sich die Debatte um die Wehrpflicht nicht in eine forcierte Militarisierung der Gesellschaft ein?

Es ist weniger eine Debatte als eine Kampagne: Die Befürworter der Reaktivierung der Wehrpflicht setzen ja seit Jahren immer wieder Schlaglichter für dieses Thema – bislang ohne politischen Erfolg. Was gerade neu ist und mich bedenklich stimmt: Eigentlich war die FDP immer eine der Parteien, die strikt gegen die Reaktivierung der Wehrpflicht sowie eine allgemeine Dienstpflicht war – einfach aus dem kapitalistischen Denken heraus, die jungen Menschen möglichst früh für die Wirtschaft verfügbar zu haben. Nun scheinen zumindest einige aus der Partei den Militarismus und Bellizismus selbst vor ihre eigentlich marktradikale Kernideologie zu stellen.

So ist es ja auch gerade bei großen Teilen der Grünen: Das Militärthema schlägt das Klimathema. Und der SPD-Bundeskanzler steckt lieber 100 Milliarden Euro in die Bundeswehr, statt die um sich greifende

Armut zu bekämpfen. Die regierende Politik denkt also schon extrem militaristisch – die Gesellschaft ist aber noch nicht militarisiert. Doch das könnte sich in Zukunft weiter ändern.

Sie haben auf rechtliche Hürden für die Umsetzung des Vorschlags hingewiesen. Welche sind das konkret?

Es bräuchte zunächst eine Grundgesetzänderung, damit junge Männer und Frauen bei der Heranziehung zum Zwangsdienst gleichbehandelt würden. Bei der Freigabe des 100-Milliarden-Euro-»Sondervermögens« für die Bundeswehr war diese Zweidrittelhürde im Bundestag aber kein Problem. Es müsste allerdings auch »Wehrgerechtigkeit« hergestellt werden, so dass die Armee wirklich alle jungen Menschen zumindest mustern müsste. Dafür hat sie wiederum aktuell gar nicht die Kapazitäten. Des weiteren müssten auch die Unterbringungs- und Ausbildungskapazitäten für die Zehntausenden jungen Zwangsrekrutinnen und -rekruten überhaupt erst mal geschaffen werden. Das alles würde Jahre dauern.

Die DFG-VK hat angekündigt, sie würde juristisch gegen eine Wehrpflicht vorgehen. Wie könnte das aussehen?

Ein Zwangsdienst ist ein enormer Eingriff in das Leben eines jeden Menschen. Freiheitsrechte werden dadurch erheblich eingeschränkt. Das sowie die schon angesprochene »Wehrgerechtigkeit« wären Ansatzpunkt für Klagen. Noch wichtiger und effektiver wäre es aber, wieder flächendeckende Beratungen zur Kriegsdienstverweigerung anzubieten. Diese würden wir bei einer Ankündigung der Reaktivierung der Wehrpflicht wieder aufbauen.

Interview: Kristian Stemmler

■ Abgeschrieben

Der Linkspartei nahestehende Aktivisten haben eine neue Jugendorganisation gegründet. Das wurde in einer Pressemitteilung vom Sonnabend mitgeteilt:

Am 31. Januar 2023 gründeten Mitglieder des Linke-nahen Jugendverbandes Linksjugend Solid eine neue sozialistische Jugendorganisation: »Jugend für Sozialismus«. An dem Treffen des »Bundesarbeitskreis Revolutionäre Linke« nahmen sechzig Personen aus zwölf Städten teil.

In der einstimmig verabschiedeten Gründungserklärung halten die Aktivist*innen fest: »Der Bundesverband der Linksjugend Solid gibt leider ein noch traurigeres Bild als seine sich ebenfalls in der Krise befindende Mutterpartei Die Linke ab. Seit Jahren gilt auf Bundesebene und in den meisten Landesverbänden die eher ungewöhnliche Regel, dass der Jugendverband politisch noch angepasster und unattraktiver ist als die Partei.« Sie kritisieren unter anderem die Inaktivität und fehlenden Initiativen der Verbandsführung, die politischen Positionierungen zum

Ukraine-Krieg und zur kapitalistischen Krise sowie die im Verband geduldeten regelmäßigen rassistischen, islamfeindlichen Ausfälle antideutscher Kräfte und undemokratischer Methoden im Umgang mit kritischen Stimmen.

Jens Jaschik, einer von acht gewählten Sprecher*innen des neuen Verbandes, erklärt: »Mit »Jugend für Sozialismus« wollen wir eine neue bundesweite Struktur schaffen – unabhängig vom Bundesverband. Wir laden alle Linksjugend-Basisgruppen und -Mitglieder, die unsere Kritik am Bundesverband teilen, ein, sich uns anzuschließen.«

Chiara Stenger, ebenfalls neue Sprecherin, sagte: »Um mitzumachen ist es nicht nötig, aus der Linksjugend Solid auszutreten. Doch wir halten es nicht für sinnvoll, den Kampf um den Bundesverband fortzuführen und wollen vor allem auch an bisher unorganisierte Jugendliche herantreten, um sie für sozialistische Ideen zu gewinnen.«

»Jugend für Sozialismus« wird weiter kritisch Die Linke

unterstützen: »Wir halten an dem Ziel fest, eine sozialistische Arbeiter*innenmassenpartei aufzubauen. In der Linken sind tausende Aktivist*innen organisiert, von denen viele eine Rolle beim Aufbau einer solchen Partei in Zukunft spielen könnten. Aber es ist offen, wie sich die Krise in der Partei weiter entwickeln wird. Da es bisher noch keine andere große linke Alternative gibt, werden wir uns weiter in der Partei sowohl für den so dringend nötigen sozialistischen und oppositionellen Kurswechsel einsetzen und den Regierungsbeteiligungen mit prokapitalistischen Parteien und der Anpassung an SPD und Grüne als auch den »linkskonservativen« Ideen von Sahra Wagenknecht entgegenstellen, die zum aktuellen Kurs keine linke Alternative darstellen.«

Weitere Informationen werden in den nächsten Tagen auf den Kanälen des Bundesarbeitskreises Revolutionäre Linke veröffentlicht.

■ Website: revolutionaerlinke.wordpress.com